



Die
Bundesregierung

70 Jahre Zentralrat der Juden

Zu Hass und Hetze "dürfen wir niemals schweigen"

"Kritischer Wächter und Mahner, kompetenter Anwalt jüdischer Anliegen und verlässlicher Partner in Politik und Gesellschaft" - mit diesen Worten würdigte Kanzlerin Merkel den Zentralrat der Juden zu seinem 70-jährigen Bestehen. Zugleich sei es eine Schande, wie sich Rassismus und Antisemitismus seit geraumer Zeit äußern.



70 Jahre Zentralrat der Juden in Deutschland - das sei alles andere als selbstverständlich, betonte Kanzlerin Merkel in Berlin.

Foto: Bundesregierung/Kugler

Die Bundeskanzlerin dankte dem Zentralrat für seine wichtige und eindrucksvolle Arbeit sowie für sein besonderes Engagement beim Wiederaufbau jüdischen Lebens in Deutschland. Möglich sei dies nur durch einen riesigen Vertrauensvorschuss gewesen. "Die jüdische Gemeinschaft

kann stolz darauf sein, was sie im Vertrauen auf sich selbst und im Vertrauen in unser Land aufgebaut und geleistet hat", betonte Merkel.

Ob als kritischer Wächter und Mahner, als kompetenter Anwalt jüdischer Anliegen oder als verlässlicher Partner in Politik und Gesellschaft: "Der Zentralrat der Juden in Deutschland hat sich in den sieben Jahrzehnten seines Bestehens um unser Land verdient gemacht", hob die Kanzlerin hervor.

Rassismus und Antisemitismus sind "eine Schande"

Deutschland dürfe sich im Jahr 2020 über "ein blühendes jüdisches Leben freuen", erklärte Merkel - doch dies sei "nur ein Teil der heutigen Lebenswirklichkeit". Denn gleichzeitig fühlten sich viele Jüdinnen und Juden in der Bundesrepublik "nicht sicher und nicht respektiert". Es sei "eine Schande und beschämt mich zutiefst, wie sich Rassismus und Antisemitismus in unserem Land in diesen Zeiten äußern", so die Kanzlerin.

Beides trete "seit geraumer Zeit sichtbarer und enthemmter auf". Beleidigungen, Drohungen oder Verschwörungstheorien würden sich offen gegen jüdische Bürgerinnen und Bürger richten: "Dazu dürfen wir niemals schweigen", unterstrich Merkel. "Der Antisemitismus ist ein Angriff auf Menschen, ein Angriff auf die Menschlichkeit, auf das Menschsein an sich", betonte Merkel. Er richte sich gegen die Würde des einzelnen Menschen.

Jüdische Gemeinden unterstützen, Prävention stärken

Insbesondere nach dem Anschlag auf eine Synagoge in Halle am Jom Kippur-Tag im vergangenen Oktober habe die Bundesregierung neue und umfassende Maßnahmen zur Bekämpfung von Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus eingeleitet. Dazu zähle etwa die Unterstützung der jüdischen Gemeinden, die Sicherheit ihrer Einrichtungen zu verbessern.

Dazu gehöre aber auch eine verstärkte Prävention. Sie gehöre zu den Schwerpunkten der Arbeit des Beauftragten für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus, Felix Klein. Auch der im März 2020 eingesetzte Kabinettausschuss zur Bekämpfung von Rechtstremismus und Rassismus diene dieser Aufgabe.

Der **Zentralrat der Juden in Deutschland** wurde am 19. Juli 1950 in Frankfurt am Main gegründet und gibt allen in Deutschland lebenden Juden eine Stimme. Der Zentralrat vereinigt unter seinem Dach 23 Landesverbände und 105 Jüdische Gemeinden mit rund 97.791 Mitgliedern. Er vertritt deren politische und gesellschaftliche Interessen und ist für die Politik auf Bundes- und Länderebene Ansprechpartner für alle Themen, die die jüdische Gemeinschaft betreffen.

Dienstag, 15. September 2020